Nr. 1 27. Jahrgang

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
13. Oktober 1916

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie. — Ernährungsfragen. Von Mathilde Wurm. — Frauenkonferenz in Groß-Berlin. — Zur Frage der Bevölkerungspolitik. — Aus der Bewegung: Adolf v. Elm †. — Genossin Lorenz, Kiel-Gaarden †. — Gewerkschaftliche Rundschau.

Notizenteil: Aus dem öffentlichen Leben. — Für den Frieden. — Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Frauenstimmrecht. — Frauenarbeit. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Fürsorge für Mutter und Kind.

Die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie.

Die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie hat vom 21. bis 23. September in Berlin getagt. Wer im In- oder Auslande auf eine Sensation harrte, ist enttäuscht worden. Weder der Parteivorstand noch die Parteiopposition waren gesonnen, der Welt das Schauspiel zu bieten. Vielleicht hatten der Parteivorstand und der mit ihm gehende Teil der Reichstagsfraktion darauf gerechnet, eine erdrückende Mehrheit zur Rechtfertigung ihrer Politik zu erhalten. Und wenn es wahr wäre, daß die Opposition nur aus wenigen Leutchen besteht, wie man so oft glauben machen wollte, so hätte auf der Konferenz die Überzahl der Mehrheit notwendig drastischer zum Ausdruck kommen müssen, als es der Fall gewesen ist. Wir behaupten das angesichts der für die Opposition ungünstigen, undemokratischen Bedingungen, unter denen die Konferenz zustande kam. Sonst pflegen einem Parteitag in allen Organisationen ausgiebige Debatten über die strittigen Punkte voranzugehen, und die Vertreter werden frei gewählt. Die besonderen Verhältnisse der Kriegszeit schlossen das aus und gaben so der Mehrheit, die die Regierungspolitik unterstützt, von vornherein einen beträchtlichen Vorsprung. Das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit betrug zahlenmäßig 273 gegen 168 Stimmen. Zieht man aber die Mitglieder der Parteiinstanzen und beider Reichstagsfraktionen hüben und drüben ab, zählt man nur die gewählten Vertreter der Mitgliedschaften, so steht das Verhältnis wie 3:2.

Doch was beweisen Zahlen? Sie wurden gewonnen bei der Abstimmung über den geschäftsordnungsmäßigen Antrag der Minderheit, der verhindern wollte, daß auf einer unter so ungleichen und undemokratischen Bedingungen zusammengetretenen Konferenz bindende Beschlüsse und offizielle Erklärungen gefaßt würden. Für diesen Antrag stimmten auch eine Reihe Genossen aus der Mehrheit, die in ihrer Politik durchaus auf dem Boden der Kreditbewilligung stehen. Um der Einheit der Partei willen kamen sie der Minderheit in diesem Punkte entgegen.

Aber abgesehen auch davon, und obwohl wir Zahlen nicht unterschätzen, liegt die Kraft der Opposition nicht in ihrer Zahl, sondern in der Entschlossenheit und Klarheit ihres grundsätzlichen Standpunktes. Von dem Parteivorstand wurde der Minderheit unter anderem vorgeworfen, sie bestehe in sich wieder aus den abweichendsten und widersprechendsten Schattierungen und Richtungen. Der Parteivorstand hat nicht unrecht. Wir haben in der Opposition die Gruppe um die Zeitschrift „Internationale“, auch Spartakusgruppe genannt, die im Zeitalter des Imperialismus die Pflicht der nationalen Verteidigung für das sozialistische Proletariat ablehnt, dagegen den internationalen proletarischen Kampf um den Frieden als Gebot der Stunde proklamiert. Außerdem gibt es unter den Anhängern der Arbeitsgemeinschaft selbst noch mehrere Spielarten. Dasselbe ist jedoch auch bei der Mehrheit der Fall. Der Parteivorstand lehnt die extrem-nationalistische Politik der Genossen Heine, Lensch, Hänisch u. a. ab, eine andere Gruppe geht wieder nicht einmal so weit wie der Parteivorstand. Unterschiede dieser Art gibt es in jeder demokratischen Partei, deren Stoßkraft darunter nicht zu leiden braucht.

Von Bedeutung ist es dagegen, daß die Redner der „Arbeitsgemeinschaft“ in ihrem Kampf gegen rechts gezwungen wurden, ihre Stellung in verschiedenen Fragen schärfer zu umreißen, als das bis jetzt geschehen war. So vor allem in der grundlegenden Frage der Landesverteidigung. Es bestätigte sich, daß mit einem „einerseits“, „andererseits“ nicht mehr auszukommen ist. Die Ausführungen des Genossen Haase, aber auch einiger Debatteredner, haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß für sie die Frage ganz anders lautet, als wie Genosse Scheidemann sie formulierte. Für diesen und die Mehrheit liegt das Problem wie folgt: Die Frage: Wer ist schuld am Kriege? scheidet für die Stellungnahme der Sozialdemokratie aus. Die augenblickliche Situation bestimmt allein darüber. Deutschland ist von übermächtigen Feinden bedrängt, eine verheerende Invasion droht den Grenzen. Eine Kreditverweigerung hätte die Macht der Gegner verstärkt, im Innern Verwirrung angerichtet. Unter diesen Umständen geht die Pflicht der Landesverteidigung allen anderen Pflichten vor. Kreditbewilligung ist in diesem Falle keine Vertrauenskundgebung für die Politik der Regierung.

Genosse Haase, als Hauptredner der Minderheit, faßte die Frage anders auf. Für ihn behalten die Ursachen und Anlässe des Krieges ihre grundlegende Wichtigkeit in jedem Augenblick. Die Sozialdemokratie darf einer Regierung die Kredite nicht bewilligen, von der sie überzeugt ist, daß ihre bisherige Politik mitgewirkt hat zur Herbeiführung der Katastrophe. Sie kann das tun, da sie weiß, daß auch in den anderen Staaten nicht nur die kriegerischen Tendenzen des ausdehnungsbedürftigen Imperialismus tätig sind, sondern auch starke Friedenstendenzen, zumal im klassenbewußten Proletariat. Eine grundsätzlich ablehnende Haltung der deutschen Sozialdemokratie hätte diese Friedenstendenzen belebt und verstärkt und so zur Verkürzung des Krieges beigetragen. Außerdem führt die Kreditbewilligung mit Naturnotwendigkeit zur Stärkung der inneren Politik der Regierung, ob die Bewilliger das nun wollen oder nicht.

Wenn man die Ausführungen der Hauptredner auf ihre Grundgedanken zurückführt, so wird leicht erkennbar, daß zwei verschiedene Weltanschauungen einander gegenüberstehen, zwei Weltanschauungen, zwischen denen ein Kompromiß

unmöglich ist, deren Gegensatz nicht verkleistert werden kann, sondern ausgetragen werden muß. Die Mehrheit und die Minderheit redeten auf der Konferenz zwei verschiedene Sprachen, wobei noch bemerkt werden muß, daß der extreme national-imperialistische Standpunkt der Genossen des äußersten rechten Flügels nicht einmal in seiner ganzen Schärfe zum Ausdruck gelangt ist.

Für den linken Flügel der Minderheit, für die Gruppe „Internationale" sprach Genossin Duncker. In kurzen, programmatischen Ausführungen stellte sie jene Punkte heraus, die diese Gruppe nicht nur von der Mehrheit, sondern auch von der „Arbeitsgemeinschaft" trennen. Es geschah dies nicht aus irgendwelcher Sonderbündelei. Die Gruppe Internationale hat durch ihr Verhalten auf der Konferenz bewiesen, daß es ihr nicht auf „Spaltungsagitation" ankommt. Schulter an Schulter mit der Arbeitsgemeinschaft stand sie im Kampf gegen den Sozialimperialismus. Wo immer die „Arbeitsgemeinschaft" sich auf grundsätzlicher Höhe bewegt, kann sie der Unterstützung durch die Spartakusgruppe gewiß sein. Wo immer aber opportunistische Schwächen und ein Mangel an praktischer Konsequenz sich zeigt, da werden sich die „Internationalen" durch keinerlei Rücksicht zum Schweigen bestimmen lassen. Es genügt der Gruppe nicht, eine Weltanschauung zu besitzen, sie fordert, daß die Weltanschauung auch in die Praxis umgesetzt wird. Noch hat die Arbeitsgemeinschaft ihrer Kreditverweigerung im Parlament keine grundsätzlich unzweideutig zugespitzte Erklärung mit auf den Weg gegeben. Noch glaubt die Arbeitsgemeinschaft, man könne zurückkehren zu der „alten, bewährten" Taktik, die in der Hauptsache rein parlamentarisch orientiert war, man könne die alte Internationale der Instanzen, Konferenzen und Resolutionen wiederaufbauen, eine Internationale, deren Schwerpunkt wie bisher in den einzelnen nationalen Parteiorganisationen und Parlamenten läge. In der Steuerpolitik, in der U-Bootfrage, in der Haltung zur Friedenspetition des Parteivorstands fehlt es der Arbeitsgemeinschaft an Folgerichtigkeit. Die Gruppe Internationale legt dagegen Gewicht darauf, daß man nicht nur dann und wann in Konferenzen usw. radikal und grundsätzlich spricht, sondern daß man überall, im Parlament wie im Volke, grundsätzlich handelt. Der Unterschied zwischen ihr und der „Arbeitsgemeinschaft" liegt demnach vor allem in einer größeren programmatischen Klarheit, in der stärkeren Betonung der praktischen Konsequenzen, die sich aus den Grundsätzen ergeben, und endlich in Fragen der anzuwendenden Taktik. Das trat auch auf der Konferenz zutage. In ihrem Schlußwort gab Genossin Duncker eine Erklärung der Gruppe „Internationale" zu Protokoll, die in gutgegliederten und gedrängten Leitsätzen die grundsätzliche Stellungnahme des sogenannten Linksradikalismus präzisiert. Wie Genosse Stadthagen in der Debatte, erhob auch sie im Namen ihrer Gruppe scharfen Protest gegen eine Sympathieerklärung für die Person Liebknechts, die, von Anhängern der Mehrheit eingebracht, ausdrücklich von seiner Politik abrückt. Die Politik der Mehrheit und das gehässige Vorgehen einiger ihrer Mitglieder gegen Liebknecht nehmen ihr jedes Recht, solche Sympathieerklärungen zu veröffentlichen.

An der Abstimmung über die vorliegenden Anträge und Resolutionen hat sich die Minderheit geschlossen nicht beteiligt. Es war das der eindrucksvollste Protest dagegen, daß die Konferenz durch Beschlußfassungen ihre Kompetenzen überschritt. Es liegt auf der Hand, daß die Beschlüsse dieser Konferenz ebensowenig formell als moralisch bindende Kraft beanspruchen können. Sie sind nichts als eine Zählprobe der Mehrheit und nicht einmal eine richtige Zählprobe des Kräfteverhältnisses der ringenden Gegensätze. Die Stimmenthaltung brachte ferner mehr zum Ausdruck als allein den Protest gegen die undemokratische Anmaßung der Mehrheit: nämlich die Überzeugung, daß heute weniger als je mit Beschlüssen und Erklärungen gedient ist. In der „Welt am Montag" hat Hans Leuß die Auseinandersetzungen auf der Konferenz mit dem französischen Witzwort „Deutsche Querelen" tituliert. Er sieht in der Opposition nur das Wiedererwachen der „revolutionären Phrase". „Nicht durch Reden, nur durch Tatsachen wird entschieden, so oder so", heißt es. Er, der selbst auf dem Boden eines demokratischen Imperialismus steht, nennt der Opposition als warnendes Beispiel die bürgerlichen Revolutionäre von 1848 und mahnt, Respekt vor den Tatsachen zu haben, wenn man selbst Tatsachen schaffen wolle. Hans Leuß versteht die Tatsachen in seinem Sinne, aber in dem einen hat er recht. Er meint, die internationale Sozialdemokratie könne nur dann dem Krieg ein Ende machen, wenn alle europäischen Sozialdemokraten es mit Einsatz ihres ganzen Willens bis zum Opfer des eigenen Lebens wollten.

Die Bedeutung der Konferenz liegt nicht in ihren Beschlüssen und nicht in dem „Manifest zur Friedensfrage". Alle diese Dinge hat die Mehrheit unter sich beschlossen. Von Bedeutung ist der Beweis für das Erstarken der Opposition, das manchen Politikern gewiß unerwartet und unerwünscht ist. Nicht nur zahlenmäßig, auch an grundsätzlicher Klarheit, an Energie ist die Opposition gewachsen. Für die sozialistische internationale Friedensbewegung wird das in allen Ländern ein kräftiger Ansporn sein. Denn nur diese Bewegung kann die Welt einem Frieden näher bringen, wie ihn die Massen des arbeitenden Volkes brauchen. Immer freilich unter der Voraussetzung, daß die Opposition ihre Kräfte nicht in bloßen Erklärungen verpufft, sondern in energischer, opfervoller Arbeit ohne Sucht nach Kompromissen und vorübergehenden Tageserfolgen gewissenhaft anwendet.

Ernährungsfragen.

An der Schwelle des dritten Kriegswinters ist nach den bisherigen trüben Erfahrungen die Befürchtung berechtigt, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sich noch unzulänglicher gestalten wird als zuvor. Von Kriegsbeginn an wurde die Nahrungsmittelversorgung durch den Bundesrat geleitet. Im Juni d. J. übertrug dieser die ihm vom Reichstag verliehene unbegrenzte Macht auf den Reichskanzler, der sie seinerseits auf das neugeschaffene Kriegsernährungsamt übertrug, an dessen Spitze als „Lebensmitteldiktator" Herr von Batocki berufen wurde, der bisherige Oberpräsident von Ostpreußen. Damit war zwar Person und amtliche Stelle gewechselt worden, doch das System blieb das gleiche — und der Mißerfolg ebenfalls.

Gleich dem Bundesrat ist das Kriegsernährungsamt vor jedem Eingriff in die Produktion zurückgeschreckt. Die Bedarfsdeckung sucht man zu erreichen durch hohe Preise auf Kosten der Konsumenten, statt daß durch staatliche Maßnahmen die Produzenten gezwungen werden, den Bedarf ohne Wuchergewinn zu decken. In einem Aufruf vom 1. August 1916 „An die Verteidiger des Vaterlandes!" hat Herr von Batocki seine Meinung klar ausgesprochen, daß „eine Senkung des Preisstandes der Nahrungsmittel" nur so weit in Betracht komme, als sie sich „ohne Gefährdung der Bedarfssicherung ermöglichen lasse".

Drei Wochen später aber wendet er sich „An die deutschen Landfrauen" mit „herzlicher und ernster Bitte", „das Erzeugte auch richtig denen zuzuführen, die es brauchen". Obwohl Herr von Batocki in demselben Aufruf zugibt, daß die Preise „jetzt schon für viele ärmere Familien unerschwinglich geworden sind", ergreift er keine Maßnahmen, um preiswerte Lieferungen zu erzwingen, sondern begnügt sich mit der Bemerkung: „Mir klingt es wie eine Beschimpfung der Landleute, wenn man hier und da sagt, nur durch den Anreiz gesteigerter Preise ist etwas aus ihnen herauszuholen." Wie sehr diese „Beschimpfung" aber recht oft der Wahrheit entspricht, beweist das Verschwinden der Ware vom Markte, sobald Höchstpreise irgendwo festgesetzt werden.

Um die überaus hohen Lebensmittelpreise zu rechtfertigen, wird von amtlicher Stelle aus immer wieder verwiesen auf die Erhöhung der Produktionskosten. Doch fehlt bis heute jeder ziffermäßige Nachweis, daß die Erhöhung der Produk-

tionskosten eine solche riesige Preissteigerung rechtfertigt, wie sie eingetreten ist, nämlich um 70 bis 100 Prozent. Auf Kosten der Verbraucher werden den Erzeugern Preise zugebilligt, die beispielsweise bei den Kartoffeln gegen den Friedenspreis eine Verteuerung von 100 Prozent darstellen.

Um der Knappheit der Waren oder — wie wir es diesen Sommer bei den Kartoffeln erlebten — zeitweisem Überfluß, sowie den immer noch steigenden Preisen für die wichtigsten Lebensmittel entgegenzuwirken, gibt es nur ein Mittel: staatliche Regelung der Produktion, Beschlagnahme und Enteignung.

Das wäre der erste Schritt zur Minderung der Not der ärmeren Bevölkerung. Als zweiter müßte sich anschließen: einheitlich geregelte Verteilung der Lebensmittel für das ganze Reich und Verbilligung der wichtigsten Lebensmittel. Hinzu muß kommen eine planmäßige Verteilung, um endlich zu ermöglichen, daß jeder den auf ihn entfallenden Anteil an Lebensmitteln nicht im vollsten Sinne des Wortes zu „erstehen" braucht. Heute ist es ein Rätsel, wie eine erwerbstätige Frau und Mutter überhaupt Zeit findet, auch nur die allernotwendigsten Nahrungsmittel zur Versorgung ihrer Familie einzukaufen.

Die arbeitende Bevölkerung hat am schwersten zu leiden unter der Lebensmittelnot und Teuerung. Tritt die dringend notwendige Besserung nicht ein, so wird die unausbleibliche Folge sein müssen: Erhöhung der Arbeitslöhne und der Unterstützungen der Kriegerfamilien und Arbeitslosen. Die Gemeinden sind gegen den Notstand machtlos. Weder auf die Erzeugung noch auf die Versorgung können sie irgendwie entscheidend einwirken. Sie müssen mit dem fürlieb nehmen, was ihnen das Kriegsernährungsamt zuweist, sei es gut oder schlecht, viel oder wenig.

Nur eine reichsgesetzliche Regelung kann Abhilfe bringen. Was bis jetzt auf diesem Gebiet geschehen ist, wurde törichterweise als „Kriegssozialismus" bezeichnet. In Wirklichkeit ist es nur eine Organisierung der wirtschaftlichen Bedarfsdeckung unter weitestgehender Berücksichtigung der Interessen des Großkapitals in Landwirtschaft und Industrie. Dieser Schutz ist auch vollauf gelungen — die Bedarfsdeckung aber mußte sich als eine unerfüllbare Aufgabe erweisen. So sieht der vielgepriesene „Kriegssozialismus" aus! Mathilde Wurm.

Frauenkonferenz in Groß-Berlin.

Groß-Berlin und einige andere Bezirke hatten bei dem Parteivorstand beantragt, in Anschluß an die Reichskonferenz eine Reichsfrauenkonferenz einzuberufen, um den Genossinnen im Reiche nach so langer Zeit und so welterschütternden Ereignissen Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben über Organisation und Agitation unter den Frauen, über die Frauenerwerbsarbeit, Arbeiterinnenschutz, Wahlrecht und Nahrungsmittelversorgung. Leider lehnte der Parteivorstand diese Anträge ab. Für seinen Standpunkt führte er in einem Briefe an den Zentralvorstand von Groß-Berlin folgende Gründe an:

„Die Ernährungsfrage sei keine spezielle Frauenfrage, sondern eine Angelegenheit der Gesamtpartei, die sich wiederholt und kürzlich in der Partei-Ausschußsitzung mit ihr beschäftigt habe. Eine Frauenkonferenz könne an den Dingen auch nichts ändern. Zur Frauenerwerbsarbeit Stellung zu nehmen, sei Gelegenheit nach Beendigung des Krieges, wenn man einen Überblick habe, wie die Dinge sich gestalten. Die Notwendigkeit der Agitation im allgemeinen und insbesondere unter den Frauen könne auf der Reichskonferenz mitbesprochen werden. Ein Vorstandsvertreter will gern die Notwendigkeit dieser Agitation betonen."

Zur Zeit der Absendung dieses Ablehnungsschreibens dürfte dem Parteivorstand bereits bekannt gewesen sein, was Genosse Ebert in seinem Referat der Reichskonferenz mitteilte, daß seit Kriegsausbruch 39 Prozent der weiblichen Mitglieder der Organisation verloren gegangen sind, daß ihre Gesamtzahl von 174754 im Jahre 1914 auf 107336 im Jahre 1916 gesunken ist. Diese Tatsache allein würde die Einberufung einer Reichsfrauenkonferenz gerechtfertigt haben. Das aber um so mehr, als der Parteivorstand sich hätte sagen können, daß die Erörterungen über die Haltung der Partei zur inneren und äußeren Politik die Reichskonferenz vollständig ausfüllen und beherrschen werde. So ist es auch in der Tat gekommen! Der Frauen geschah nur Erwähnung in jener kurzen und doch so beredten Mitteilung Eberts über den Rückgang der Mitgliederzahl.

Der Zentralvorstand von Groß-Berlin hatte sich als weitsichtiger erwiesen als der Parteivorstand und einen Antrag der Groß-Berliner Genossinnen auf Abhaltung einer Bezirkskonferenz in Anschluß an die Reichskonferenz einstimmig angenommen. So war wenigstens den Genossinnen von Groß-Berlin Gelegenheit gegeben, sich zu den wichtigsten Fragen der augenblicklichen Lage äußern zu können, wenn auch der eine Konferenztag zu einer gründlichen Behandlung aller die Genossinnen beschäftigenden Probleme lange nicht genügte.

Eine Anzahl Genossinnen anderer Städte waren auf eigene Kosten nach Berlin gekommen, um als Gäste an der Frauenkonferenz teilzunehmen. So Genossinnen aus Stettin, Braunschweig, Leipzig, Düsseldorf, Dresden, Stuttgart. Der Tagung wohnten noch einige andere Genossinnen und Genossen bei, die als Delegierte zur Reichskonferenz aus Hamburg, Remscheid, Breslau, Altena-Iserlohn entsandt waren, ebenso ein Vertreter der Redaktion der „Gleichheit". Die verhältnismäßig große Anzahl von Gästen hat gezeigt, wie stark das Bedürfnis nach Abhaltung einer Reichsfrauenkonferenz ist. Damit ist auch für die Notwendigkeit ihrer baldigen Einberufung der Beweis erbracht. Denn bei aller Anerkennung dessen, was die Berliner Konferenz den Genossinnen an Anregung, neuem Mut und frischer Tatkraft geben konnte, eine Reichsfrauenkonferenz wollte sie nicht ersetzen und hat sie nicht ersetzt. Aber eines noch ist klar zutage getreten. Nicht nur die Genossinnen in Groß-Berlin, sondern auch in weiten Teilen des Reiches, ganz besonders in den Industriegegenden, gehören mit ganz wenigen Ausnahmen der „Minderheit" in der Partei an. Sie sind von Kriegsausbruch an eine starke Stütze der „Opposition" innerhalb der Partei und geradezu eine vorwärts treibende Kraft gewesen. Sie stehen fest auf dem Boden des internationalen Sozialismus. Dieser Tatsache entsprach sowohl das ausführliche Referat der Genossin Zietz über „Die Frauenerwerbsarbeit mit allen ihren Konsequenzen" wie auch die gesamte Debatte, und sie kam auch in den zahlreich eingelaufenen Resolutionen zum Ausdruck.

Die Darlegungen der Genossin Zietz gaben ein anschauliches Bild der Zunahme der Frauenerwerbsarbeit seit dem Kriege in allen Berufen, auch in solchen, die vordem ausschließlich von Männern ausgeübt wurden. Genossin Zietz schilderte die Umformung der Friedensindustrie in eine Kriegsindustrie, die Stockungen, ja die Betriebseinstellung aus Mangel an Rohmaterial in ganzen Gewerben, wie in der Textilindustrie, und das Hineinströmen der durch den Krieg arbeitslos Gewordenen in andere Berufe. Gerade bei den Gewerbegruppen, die durch den Krieg am schwersten geschädigt sind, wie die Textil- und Konfektionsindustrie, so hob Genossin Zietz hervor, seien die Arbeiterinnen aber meistens körperlich so schwach, daß ihnen die Ausübung eines anderen Berufs schwer möglich ist. Als die Kriegswirtschaft die außerordentliche Eignung der Frau zu fast allen Berufen erkannt, habe dies eine noch rücksichtslosere Einziehung der Männer zum Heeresdienst zur Folge gehabt. Dies auch die Ursache, weshalb die Zahl der erwerbstätigen Frauen sich fortwährend weiter vergrößere. In den Einzelheiten ihrer Ausführungen stützte sich die Referentin auf ihre bekannte Broschüre „Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher".*

* Buchhandlung Vorwärts. Sozialdemokratische Frauenbibliothek IX. Herausgegeben vom Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Nach Meinung der Genossin Zietz wird die Frauenerwerbsarbeit in ihrem jetzigen Umfang auch nach dem Kriege bestehen bleiben, und zwar aus folgenden Gründen: Millionen der besten Arbeitskräfte kehren überhaupt nicht zurück oder als Krüppel und Kranke, Millionen auch als zukünftige Kranke. Die Friedensproduktion wird in großem Umfang wieder aufgenommen, die Kleinbetriebe werden von den Großbetrieben aufgesaugt werden, das Kapital wird sich in immer weniger Händen ansammeln. Da Deutschland bei Friedensschluß einem „ausverkauften Warenhaus" gleiche, werde das Herstellungs- und Kaufbedürfnis sehr stark sein, letzteres aber erheblich eingeschränkt durch hohe Preise und geringe Kaufkraft des Geldes, Umstände das, die viele Frauen zum Erwerb zwingen. Andererseits wird das Heer der Arbeitsuchenden vermehrt werden durch die Kriegerwitwen, die Ehefrauen der Krüppel und der Siechen, deren karge Renten zum Lebensunterhalt nicht mehr ausreichen; durch Waisen, die schon als Schulkinder mitverdienen müssen; ferner durch die eingeschränkte Heiratsmöglichkeit. Hinzu kommt noch die sichere Erhöhung der direkten und indirekten Steuern in Reich, Staat und Gemeinde. Demgegenüber rechne das Unternehmertum mit billiger Frauenarbeit und werde sie ganz sicher ausspielen gegen höhere Lohnforderungen der organisierten männlichen Arbeiterschaft. Der Gefahr, daß aus der erwerbstätigen Frau die Lohndrückerin und Schmutzkonkurrentin erstehe, statt der Schulter an Schulter mit dem Arbeits- und Klassengenossen um gleiche Rechte und Pflichten kämpfenden Frau, müsse mit den Mitteln der Agitation und Organisation entgegengearbeitet werden. Das geschehe aber gewiß nicht durch geduldiges Abwarten.

Die Arbeit der Aufklärung und Gewinnung der Arbeiterinnen für die Organisation sei ebensosehr Aufgabe der Partei wie der Gewerkschaften, die erst vor wenigen Monaten zu der Zunahme der Frauenerwerbsarbeit Stellung genommen haben. Hand in Hand mit der Agitation und Organisierung müsse gehen die politische Erziehung und das Streben nach Eroberung des Wahlrechts für die Frau und durch die Frau, die schon im Frieden und seit dem Krieg in erhöhtem Maße sich als Staatsbürgerin für das Wohl der Gesamtheit voll einsetze. Die von Genossin Zietz eingebrachte Resolution, die wir in nächster Nummer veröffentlichen, wurde von der Konferenz gegen eine Stimme angenommen.

Die an das Referat anknüpfende Diskussion erbrachte eine Fülle von Material aus dem schweren Arbeitsleben der Proletarierinnen. Alle Genossinnen sprachen die Befürchtung aus, daß die Frauen nach dem Kriege besonders in die niedrigen, schlechtbezahlten Berufe hineingedrängt, während die höher bezahlten und verantwortungsvolleren Posten wiederum allein den Männern vorbehalten bleiben würden. Jetzt schon litten die Arbeiterinnen ungeheuer unter der überlangen Arbeitszeit und schlechten Entlohnung, aber keine wage, sich hierüber oder über Betriebsmißstände zu beschweren, aus Furcht, brotlos zu werden. Ja, es gäbe noch viele, die glücklich seien, Überstunden machen zu können, um ein paar Groschen mehr für sich und ihre Familie zu verdienen, ohne dabei zu bedenken, daß dies geschehe auf Kosten ihrer Gesundheit und der Verwahrlosung ihrer Kinder. Im Denken und Tun auch der Arbeiterinnen müsse die Solidarität zum obersten Gesetz werden, sonst sei die jahrelange organisatorische Arbeit umsonst geleistet und müsse von vorn begonnen werden.

Mithelfen bei der Aufklärung, Organisierung und Erziehung der Proletarierinnen könne vor allem die Parteipresse. Nicht etwa in ihrem Unterhaltungsteil, sondern durch die entsprechende Berücksichtigung von Fragen der Agitation und Organisation, vor allen Dingen aber durch ihre Art der politischen Erziehung der Arbeiterinnen. Dafür sei die „Gleichheit" seit Kriegsausbruch vorbildlich gewesen, sei zum „Rückhalt" geworden, habe immer wieder Mut und Tatkraft der Genossinnen angespornt und diese stark gemacht in ihrem Widerstand gegen den Chauvinismus, in ihrem Festhalten am internationalen Sozialismus.

Nach Beendigung der Diskussion kam ein kurzes Begrüßungsschreiben von Genossin Zetkin zur Verlesung, die durch andauernde Krankheit verhindert wurde, an der Konferenz teilzunehmen. Die Genossinnen wurden darin aufgefordert, „auszusprechen was ist und den tatbereiten Willen zum sozialistischen Handeln in jeder einzelnen zu wecken, zu stärken und zu einem Massenwillen von unwiderstehlicher Kraft zusammenzuballen". Als diese Mahnung erklang, war niemand im Saale, der nicht verstand, was ihm die Pflicht zu tun gebot, und der nicht gelobt hätte, für die Erfüllung dieser Pflicht zu leben und, wenn es sein muß, auch sich zu opfern. Einmütig wurde beschlossen, Genossin Zetkin für ihr Schreiben zu danken und ihr den Wunsch und die Hoffnung der Versammelten auszusprechen, daß sie bald wieder in alter Frische und Energie den sozialistischen Frauen der ganzen Welt voranschreiten möge.

Einstimmig angenommen wurde eine Resolution zur baldigen Herbeiführung des Friedens; eine andere zur inneren Politik, die von der sozialdemokratischen Partei eine selbständige Politik fordert; ferner eine Resolution zur Ernährungsfrage, die wir in nächster Nummer mitteilen. Gutgeheißen wurde einstimmig eine Erklärung, die dem Parteivorstand die Mißbilligung der Bezirkskonferenz über seine Ablehnung einer Reichsfrauenkonferenz ausspricht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hatten die Anwesenden Protest erhoben gegen die Verfolgung des italienischen Genossen Tesca, der der amerikanisch-kapitalistischen Justiz ausgeliefert werden soll. Zum Schluß sprach die Konferenz, wie der „Vorwärts" berichtet, dem Genossen Karl Liebknecht, Genossin Rosa Luxemburg und allen für die Sache des internationalen Sozialismus Leidenden ihre volle Anerkennung und Sympathie aus. So war die Konferenz der Groß-Berliner Genossinnen von Anfang bis Ende getragen von dem Geiste des internationalen Sozialismus. Und wenn sie auch nur die Vertreterinnen der sozialistischen Frauen aus einem Teil des Reichs umfaßte, so konnte sie doch durch ihre Arbeit beweisen, welch große und dringende Aufgaben von den Genossinnen zu erfüllen sind. Die Einberufung einer Reichsfrauenkonferenz ist zur unabweisbaren Notwendigkeit geworden.

***

Zur Frage der Bevölkerungspolitik.

Das Sinken der Geburtenziffer hatte schon vor dem Kriege das Auge aller weitsichtigeren Gelehrten, Staatsmänner, Politiker und Privatleute auf sich gelenkt. Die bürgerlichen Parteien und ihre Gefolgschaft sahen in der Erscheinung eine langsam, aber stetig wachsende Gefährdung ihrer Weltmachtspläne. Bevölkerungsrückgang bedeutet ja für sie soviel wie verminderte Wehrkraft, weniger Soldaten in den zu erwartenden blutigen Auseinandersetzungen. Auch von der Schwächung der „nationalen Arbeit" als Folge der Geburtenabnahme sprach man, aber die in dieser Hinsicht drohende Gefahr schreckte die einzelnen Unternehmer weniger. Denn das Ausland, Polen, Galizien usw., liefert in Hülle und Fülle fleißige, intelligente, vor allem aber anspruchslose Proletarier, deren Verwendung dazu noch den Vorteil hat, daß diese Arbeitskräfte sich als „lästige Ausländer" innerhalb der schwarzweißroten Grenzpfähle hübsch bescheiden und artig zu verhalten haben. Nur insofern beunruhigte der Geburtenrückgang die Bourgeoisie unmittelbar, als auch ihr eigener Nachwuchs bedrohlich abzunehmen, mehr noch zu entarten anfing, was für ihre Macht als Klasse nicht eben günstig war.

Die Geburtenabnahme in den besitzenden Volksschichten trat zum Teil als eine Folge des Luxus und der Entartung

des Familienlebens auf. Vielen Damen war die mütterliche Aufgabe, Kinder auszutragen, zu gebären, zu nähren und zu erziehen trotz aller fremden, bezahlten Hilfe, die sie sich leisten könnten, doch gar zu beschwerlich und wenig kurzweilig. Aber auch die Scheu vor einer Zersplitterung des Vermögens mag viele Eltern zu einer freiwilligen Beschränkung der Kinderzahl veranlaßt haben. Dieses Streben ist bei den besitzenden Klassen aller Zeiten und Völker anzutreffen und bei ihren Verhältnissen geradezu „natürlich". Als Deckmantel dafür erfand stets hilfsbereite Afterwissenschaft eine darwinistisch aufgeputzte Lehre. Sie erklärte, daß je höher die geistige Kultur, desto geringer die Fortpflanzungsfähigkeit der Eltern, desto schwieriger die Aufzucht der Nachkommen sei.

Diese Lehre paßte allerdings weniger für das Proletariat, das doch im großen ganzen nur einen sehr geringen Anteil hat an der „höheren" Kultur der „besseren Stände". Desto lauter waren ihm gegenüber die Vorwürfe der steigenden Genußsucht, Sittenlosigkeit, Leichtfertigkeit als Ursachen des Geburtenrückgangs. Umsonst wiesen gewissenhafte Nationalökonomen auf den unleugbaren Zusammenhang hin zwischen dem Wohnungselend, der Frauenerwerbsarbeit, den ungesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen der breitesten Massen einerseits und dem Sinken der Geburtenziffer andererseits. Die Sozialdemokratie hat von Anfang an diesen Zusammenhang am schärfsten betont. Erst in zweiter Linie kamen als Ursache der verminderten Bevölkerungszunahme die Wirkungen des Alkoholismus, der Geschlechtskrankheiten usw. in Betracht., die ja selber nur als Folgen des sozialen Elends anzusprechen sind. Trotzdem also die Quellen des Bevölkerungsrückgangs aufgezeigt waren, wurde vor dem Kriege nichts Ernstliches getan, sie abzudämmen. Die guten Vorschläge der Sozialdemokratie und mancher Bodenreformer fielen auf steinigen Boden. Die dilettantischen Versuche, der nahenden Kalamität durch Gartenstadt- und Laubenkolonienbewegung entgegenzuwirken, sind zur Erfolglosigkeit verurteilt. Das gleiche gilt erst recht von den Absichten, einen stärkeren Bevölkerungszuwachs mit dem Knüppel zu erzwingen, durch das Verbot, Mittel zur Empfängnisverhütung zu verkaufen.

Der Krieg mit seinen furchtbaren Verwüstungen an Gesundheit und Menschenleben hat die Frage einer planmäßigen Bevölkerungspolitik mehr als je in den Vordergrund gerückt. Die besitzenden Klassen sind sich einig, daß diesem Weltkrieg, mag er ausgehen wie er will, eine Ära unerhörter Rüstungen und fieberhafter Kriegsvorbereitungen folgen wird. Siegreiche Kriege kann man aber heute nur führen mit einem körperlich und geistig, nach Zahl und Qualität leistungsfähigen nationalen Heer, das sich durch das Versprechen einer Neuorientierung in der inneren Politik und durch einige greifbare sozialpolitische Zugeständnisse jedesmal von neuem für den bürgerlich-imperialistischen Weltmachtsgedanken schlägt. Demnach bliebe für den bürgerlichen Staat nichts anderes übrig, als dem Übel des Geburtenrückgangs nicht mehr bloß dilettantisch wie früher, sondern mit einiger Methode und Energie auf den Leib zu rücken. Allein daran fehlt es heute noch wie früher, trotz aller Redensarten sind noch herzlich wenig handfeste Vorzeichen vorhanden, daß nach dem Kriege durch gründliche soziale Reformen eine zielbewußte Bevölkerungspolitik vorbereitet werden soll.

Schlägt sich aber die besitzende Minderheit mit ihrem Versagen nicht selber ins Gesicht? Sie braucht eine Weltmachtstellung zum Schutze ihrer Kapitalanlagen in Ost und West und Übersee; sie bedarf einer tüchtigen, nationalgesinnten Arbeiterschaft; sie kann ohne ein zahlreiches, leistungsfähiges Heer nicht auskommen. Warum zögern also die Machthabenden mit dem auch von ihnen erkannten, einzig erfolgversprechenden Mittel weitreichender sozialer, wirtschaftlicher und politischer Reformen? Einfach deshalb, weil die kapitalistische Gesellschaft eine Gesellschaft der inneren Widersprüche und unversöhnbaren Gegensätze ist. Mit den politischen Gesamtinteressen der besitzenden Klassen decken sich durchaus nicht immer auch die Einzelinteressen jeder kapitalistischen Gruppe. Das deutlichste Beispiel war vor kurzem der offene Widerstand der konservativen Partei gegen jede durchgreifende Verbesserung des Vereinsgesetzes zugunsten der Gewerkschaften, ist der starre Widerstand dieser Partei namentlich auch gegen die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit der landwirtschaftlichen Arbeiter. Aber auch die nach allen Seiten unglückliche Lebensmittelpolitik der Regierung während des Krieges ist nicht die Folge persönlicher Unfähigkeit der leitenden Köpfe allein. Sie ist in letzter Linie zurückzuführen auf den Widerstreit der Interessen in den einzelnen Produzentenkreisen, von den Interessen, die die Regierung einmal dahin, einmal dorthin zerren, vor allem aber jede konsequente und durchgreifende Maßnahme zugunsten der großen arbeitenden und konsumierenden Masse von vornherein vereiteln. Von welch großer Bedeutung sind aber Koalitionsrecht und Lebensmittelpreise für die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes und damit auch für den Bevölkerungszuwachs! Zu den Widersprüchen in der bürgerlichen Gesellschaft kommt noch, daß die Sorge um die Erhaltung der bestehenden politischen Machtverhältnisse im Innern eine zu große Nachgiebigkeit gegen die Forderungen der Arbeiterklasse als ungelegen erscheinen läßt, selbst wenn davon die Wehrkraft abhängt. Zuletzt und nicht am wenigsten gehört zu jeder großen Reform Geld, viel Geld, aber zum Kriegführen, zur Kolonialpolitik, zur Erweiterung der Einflußsphären des nationalen Kapitals im Ausland gehört noch mehr Geld. Dabei hat das hier angelegte Geld den Vorzug, sich im allgemeinen besonders hoch zu rentieren.

Es ist also kein Wunder, daß der bürgerliche Staat heute wohl sehr stark die Notwendigkeit einer Steigerung der Wehrkraft, der Ertüchtigung der Jugend, der Gebärtüchtigkeit der Mütter usw. betont, trotzdem jedoch gerade einer rücksichtslosen und energischen Bevölkerungspolitik gegenüber sich so unsicher und schwankend zeigt wie der berühmte Greis auf dem Dache, der sich nicht zu helfen weiß. Er drückt sich um das Kernproblem herum wie die Katze um den heißen Brei. Zuerst versuchte man es mit einer Leugnung: die Gefahr der Bevölkerungsabnahme, der Unterernährung der Kinder usw. bestehe gar nicht in dem befürchteten Maße. Die stets willfährige Statistik mußte den Beweis dafür führen. Zu gleicher Zeit aber erschallte der Ruf: Kinder zur Welt bringen ist eine patriotische Pflicht! Mit beiden Methoden hat man aber — eben weil es falsche Mittel sind — nicht die gewünschten Früchte geerntet. Die Statistik kann den fortschreitenden Geburtenrückgang, den sinkenden Ernährungszustand des arbeitenden Volkes nicht mehr verschleiern. Und der Appell an das vaterländische Gewissen der Eheleute? Nun, er hat vielfach zu einem sicher nicht gewünschten Ergebnis geführt. Er hat so manche proletarische oder kleinbürgerliche Mutter denken gelehrt, die bisher gegen politische Dinge gleichgültig war. Kinderzeugen als Pflicht? so fragen sich tausende Frauen. Ja, habe ich überhaupt die Möglichkeit, diese Pflicht zu erfüllen? Und wenn nicht, sollte nicht derjenige, der sie mir zumutet, auch für die Möglichkeit ihrer Erfüllung sorgen? Gerade in den Kreisen der staatlichen Angestellten und Unterbeamten, an deren Patriotismus und Geduld sonst nichts auszusetzen war, werden diese Fragen laut. Ja, mit einer gewissen Bitterkeit gelangen sie zum Ausdruck. Vor uns liegt der Brief einer Eisenbahnerfrau. Ihr fehlt es weder an Gottesfurcht noch an Patriotismus. Aber die immer wiederholte Erinnerung an ihre „nationale Pflicht", Kinder auf die Welt zu bringen, hat ihr den kritischen Sinn geschärft. Sie, der seither vielleicht nie eine solche Frage in den Sinn gekommen war, will heute wissen: „Wer trägt im besonderen die Schuld am Geburtenrückgang? Und warum macht sich der Geburtenrückgang gerade in den Beamtenfamilien so sehr bemerkbar?" Diese Fragen beantwortet die Frau aus eigener Erfahrung wie folgt:

„Sehen wir uns doch ‚Dienstwohnungen' der Staatsbeamten an. Ich als Frau eines Staatsbeamten habe auch

eine ‚Dienstwohnung'. Sie hat zwar die vorgeschriebene Größe von 68 Quadratmeter, doch 68 Quadratmeter durch fünf Räume geteilt ergibt solche Zimmer, die sich noch nicht einmal für ein alleinstehendes Ehepaar als Wohnung eignen, viel weniger die Unterbringung mehrerer Kinder ermöglichen. Die Aufstellung der Möbel in einer solchen Wohnung wirkt lächerlich, da die einzelnen Zimmereinrichtungen mehrfach geteilt, ohne Rücksicht auf ihren Zweck in die verschiedenen Räume untergebracht werden müssen; ungefähr so, als wenn man bei einem Umzug einen Möbelwagen vollstellt. Der freie Bewegungsraum ist gewöhnlich 50 bis 70 Zentimeter breit. Wer da kein Gliederverrenkungskünstler ist, wird entweder die Möbel beschädigen oder sich selbst verletzen. Ich habe gegenwärtig erst ein Kind, und wenn der Kinderwagen in einem Zimmer steht, ist jede Bewegungsmöglichkeit ausgeschlossen. Wo soll ein Kinderbett aufgestellt werden, und wo sollen gar mehrere Kinder sich aufhalten und spielen? Können die zuständigen Stellen nicht berechnen, welcher freie Raum nach der Aufstellung der nötigen Möbel übrig bleibt? Anscheinend hat es noch niemand für nötig befunden; denn sonst müßte man an die Absicht glauben, die Leute sollen nicht wohnen, sondern sie sollen eingepfercht sein.

Solche Zustände herrschen in den neueren Dienstwohnungen. In den alten war wenigstens ein großer Raum. Nachdem aber der Ruf nach mehr voneinander getrennten Räumen, wegen der sittlichen Gefahren, durchdrang, wurde in den neuen Dienstwohnungen die Zimmerzahl, aber nicht der Flächenraum vermehrt, und so entstanden die heutigen neuen Dienstwohnungen mit fünf Räumen, deren Flächeninhalt aber kaum dem einer Privat-Zweizimmerwohnung entspricht. Die Eltern stellen sich oft die Frage: Sollen auch wir das moderne Ein- und Zweikindersystem gelten lassen oder nicht? Und kommen zu dem Ergebnis, daß der Staat es so haben will, denn sonst hätte er für mehr Raum Sorge getragen. Wie sollen Besitzer von Mietkasernen, die nur auf ihren finanziellen Vorteil bedacht sind, sich zugesunden, luftigen Wohnräumen bei Neubauten entschließen, wenn der Staat selbst, der in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangehen müßte, seinen Beamten Wohnungen schafft, die weit hinter denen der Mietkasernen zurückstehen?"

In der Tat, diese Eisenbahnerfrau ist dem Kern der ganzen Frage sehr nahegerückt. Was ihr fehlt, ist nur noch die Erkenntnis, warum derselbe Staat, der ein so großes Interesse am Bevölkerungszuwachs hat, trotzdem so wenig zu tun vermag, um die sozialen Vorbedingungen eines gesunden Kinderreichtums zu schaffen. Aber die Frau hat nicht weit mehr zu dieser Erkenntnis. In der Wertung des Bevölkerungsproblems als einer Frage der „Wehrkraft" liegt das Rätsel beschlossen. Nicht unter militärischen und machtpolitischen Gesichtspunkten muß Bevölkerungspolitik getrieben werden, sondern als eine Frage der körperlichen und geistigen Hebung und Veredlung der Volksmassen. Solange aber die breitesten Massen als Abhängige, Unfreie im Interesse einer Minderheit die Produktionsmittel des Lebens und des Todes bedienen müssen, so lange wird eine wirklich durchgreifende Bevölkerungspolitik unmöglich sein. Erst die sozialistische Gesellschaft kann eine solche Politik treiben, denn sie wertet jeden einzelnen wegen seines Menschentums, erhebt ihn zu einem Gleichberechtigten und Gleichverpflichteten, und betrachtet als ihren größten Schatz den Reichtum an leiblich und seelisch voll- und harmonisch entwickelten und wirkenden Menschen.

Aus der Bewegung.

Adolf v. Elm †. Am 18. September hat der Tod den Genossen v. Elm in Hamburg einem arbeits- und kampfreichen Leben unerwartet entrissen. Mit ihm ist einer der eifrigsten und hingebungsvollsten Förderer des Aufstiegs der arbeitenden Massen zu Freiheit und Kultur geschieden. Am 14. September 1857 geboren, hat Adolf v. Elm kaum die Schwelle des 59. Lebensjahres überschritten, ohne Zweifel vor der Zeit aufgezehrt von der schweren Bürde der Arbeiten und Verantwortlichkeiten, die er seit vielen Jahren um seiner Ideale willen getragen hat, denn er gehörte zu jenen, bei denen hinter dem Bekenntnis stets die Tat steht. Schon in jungen Jahren fand er den Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung, aus der Praxis des alltäglichen Lebens heraus, die auf Schritt und Tritt den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit enthüllt. Was diese Praxis lehrte, das befestigte und vertiefte das Studium eines wissenshungrigen Geistes. Insbesondere wurde Adolf v. Elm von dem Gedanken ergriffen, wie notwendig der Zusammenschluß der vielen Schwachen, der Ungenannten und Unbekannten, zu einer starken Macht sei, die sich auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zur Geltung bringen könnte. Dieser Gedanke ist allzeit der Polarstern seines Wirkens geblieben.

Gelernter Zigarrensortierer gründete Adolf v. Elm für seine Berufsgenossen eine Organisation, die später im Tabakarbeiterverband aufgegangen ist. Seine Betätigung für die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter war so bedeutend, daß er 1890 Mitglied der Generalkommission wurde, der in jenem Jahre eingesetzten Zentralleitung der deutschen Gewerkschaften. Genosse v. Elm gehörte zu den überzeugtesten Verfechtern der Auffassung, daß die Gewerkschaften durch Unterstützungseinrichtungen die Ausgebeuteten nicht bloß an die Organisation fesseln, sondern durch die gegenseitige Hilfe und Fürsorge materiell und moralisch heben müßten, um sie kampfestüchtiger zu machen. Bereits 1896 trat er für einen Plan ein, nach dem die Gewerkschaften sich bei Lohnkämpfen gegenseitig unterstützen sollten. Der Vorschlag fand damals keine Zustimmung, sein Kerngedanke aber gewann allmählich Boden, und der Plan ist in seinen Grundzügen in einem Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses 1914 zu München enthalten.

Der Genossenschaftsbewegung hat Genosse v. Elm sich seit Mitte der neunziger Jahre mit nie ermattender Begeisterung und Arbeitsfreudigkeit gewidmet. Die Gründung und glänzende Entwicklung des größten Konsumvereins in Deutschland, einer durchaus proletarischen Genossenschaft, der Hamburger Produktion, bleibt mit seinem Namen unzertrennlich verbunden, darf geradezu ein Denkmal seines Wirkens genannt werden. Genosse v. Elm war jederzeit bestrebt, die Genossenschaftsbewegung in enger Fühlung mit der Gewerkschaftsbewegung zu halten. Deshalb und seiner ganzen Auffassung entsprechend, daß die frondenden Massen durch Hebung ihrer Lage in der Gegenwart auf die sozialistische Zukunft vorbereitet werden müßten, war Genosse v. Elm auch ein rühriger Befürworter der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsanstalt „Volksfürsorge". Es war wohlverdient, daß ihm 1911 ihre Leitung anvertraut wurde.

Die proletarische Frauenbewegung ist allezeit von dem Genossen v. Elm mit Rat und Tat unterstützt worden. Er war fest von der Gleichwertigkeit der Geschlechter, von der Bedeutung der weiblichen Leistungen für Familie und Gesellschaft überzeugt. Sein heißes Gerechtigkeitsempfinden trieb ihn deshalb stets in die Schranken, wo für die volle Gleichberechtigung des Weibes gekämpft wurde oder wo es sich darum handelte, die Elendsbürde der Proletarierinnen durch Selbsthilfe oder Gesellschaftsfürsorge zu erleichtern. So ließ er sich besonders angelegen sein, die Frauen als bewußte Trägerinnen und Mitarbeiterinnen in der Genossenschaftsbewegung zu gewinnen, ihnen aber auch in dieser den gebührenden Einfluß zu sichern. Gleichfalls unterstützte er tatkräftig alle Bestrebungen, die Arbeiterinnen gewerkschaftlich zu organisieren. In diesem Sinne hat er unermüdlich in der Generalkommission wie als Agitator und Organisator gewirkt.

Genosse v. Elm war davon überzeugt, daß die Entwicklung zur Verwirklichung der sozialistischen Zukunftsordnung führe. Seinem Auge entging nicht, daß das Proletariat auch auf politischem Gebiet kämpfen müsse. So ist er werbend und sammelnd für die Sozialdemokratie tätig gewesen, und hat sie auch viele Jahre im Reichstag vertreten. Seiner tatverlangenden Natur entsprechend fand man ihn im politischen Kampf und im Streit der Meinungen wahrhaftig nie in den hintersten Reihen. Bei Auseinandersetzungen um Grundsätze und Taktik stand er meist auf dem rechten Flügel der Partei, weil ihm unserer Meinung nach das richtige sichere Augenmaß für das Verhältnis von Gegenwartswirken und Zukunftsziel fehlte, wie für die Einschätzung der Ansätze zur sozialistischen Entwicklung in den Dingen und im Bewußtsein der Menschen. Seine Auffassungen mochten die schärfste Kritik herausfordern, auf die Lauterkeit ihrer Quelle, auf die Lauterkeit der Persönlichkeit fiel kein Schatten. Genosse v. Elm war in allem ein innerlich Überzeugter und Ergriffener. Die aufrichtige Wertschätzung auch derer bleibt ihm, die oft

genug die Waffen mit ihm kreuzen mußten. Das ringende Proletariat wird seiner als eines rüstigen und treuen Werkmannes am Bau seiner Befreiung dankbar gedenken, als einer seiner Söhne, die arbeitend und kämpfend beweisen, welche geistigen und sittlichen Werte der proletarische Emanzipationskampf in den Massen weckt und reift.

Genossin Lorenz, Kiel-Gaarden †. Ein Leben von vorbildlicher Pflichttreue ist zur Rüste gegangen. Anfang September ist in Gaarden Genossin Lorenz gestorben, 72jährig. Ihr Schicksal war an die engen Schranken eines Proletarierdaseins gebunden. Ihr scharfer Verstand und ihr heißes Herz trieben sie jedoch, diese Schranken geistig zu durchbrechen und sich die weite Welt des Sozialismus zueigen zu machen. Hier fand sie ihre wahre Heimat, im Dienste des sozialistischen Ideals erwuchs ihr Glück und ungesuchte Ehre. Schon unter den Stürmen des Ausnahmegesetzes, als junge Frau, wirkte Genossin Lorenz mit ganzer Seele für den Sozialismus, und als Greisin widmete sie sich seiner Ausbreitung noch mit der gleichen selbstlosen Begeisterung. Sie hat nicht nur des Lebens Unbill reichlich gekostet, wie sie kaum einem Sterblichen erspart bleibt, und einer Proletarierin erst recht nicht, sondern sie hat auch wieder und wieder die Rache des in seiner Herrschaftsstellung bedrohten Kapitals erfahren. Der Lebensgefährte, der einer Überzeugung mit ihr war, wurde mehr als einmal als Gemaßregelter von Betrieb zu Betrieb gehetzt und gezwungen, den bescheidenen Herd abzubrechen, kaum, daß er an einer Stelle errichtet worden war.

Genossin Lorenz war unermüdlich in der Parteikleinarbeit, die unter dem Ausnahmegesetz oft ebenso gefährlich als wichtig war. Und sie hat sie später auch mit größtem Eifer und ohne nach Mühen und Opfern zu fragen für die proletarische Frauenbewegung geleistet. Die Hingabe und das Geschick, mit der sie die Frauen für den Sozialismus zu entflammen und zum Kampfe zu scharen suchte, ließ sie zu einer Führerin der proletarischen Frauenbewegung in Gaarden werden. Als sich dort die Genossinnen 1905 in einer losen Organisation zusammenschlossen, wurde sie zweite Vertrauensperson. Noch jetzt wissen die Genossinnen ihr Dank für die rühmliche Art, in der sie die Aufgabe dieses Amtes erfüllt hat. Den sozialistischen Frauen in Stettin, Hamburg und Berlin wurde sie durch ihr aufopferndes Wirken wohlbekannt. Bis zuletzt ist sie den Genossinnen in Kiel-Gaarden eine anregende, ermutigende Beraterin, eine zuverlässige Mitarbeiterin gewesen. Die Mahnung, ihr nachzueifern, ist das Vermächtnis dieses schlichten, ausgefüllten und edlen Lebens.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die steigende Teuerung des Lebensbedarfs weist den Gewerkschaften immer gebieterischer die dringliche Aufgabe zu, für eine Aufbesserung der Löhne einzutreten. Die entsprechenden Forderungen erscheinen selbstverständlich, werden aber in ihrer Selbstverständlichkeit durchaus nicht immer von den Leuten gewürdigt, die es als „natürlich" betrachten, daß Produzenten, Händler und Vermittler aus dem Vertrieb der unentbehrlichsten Lebensmittel höchste Profite herauszuwirtschaften suchen. Jede Ware wird heute so teuer als nur möglich auf den Markt gebracht. Nur die Ware aller Waren, die besondere Ware der menschlichen Arbeitskraft soll billig, spottbillig bleiben, gemessen an den Kosten der Lebenshaltung.

In der Hutindustrie sind durch Verhandlungen zwischen Arbeiterorganisation und Unternehmerorganisation der Arbeiterschaft Teuerungszulagen gesichert worden, die vom ersten Lohntag im August an gezahlt werden. Alle über 16 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen in der Woll- und Haarhutfabrikation erhalten folgende Teuerungszulage: Bei einem Wochenverdienst von 12 Mk. 20 Prozent, von 15 Mk. 15 Prozent, von 20 Mk. 10 Prozent, von 25 Mk. 8 Prozent, von 30 Mk. 6 Prozent, von 36 Mk. 4 Prozent und von 40 Mk. 3 Prozent. Die Zulage beträgt 10 Prozent für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, die bis 9 Mk. verdienen. Diese Zubilligungen kommen etwa 1500 Arbeitern und mindestens 2800 Arbeiterinnen zugute, sie sind dem Vorgehen des Hutarbeiterverbandes zu verdanken.

Aus der Glasindustrie lesen wir von hohen Überschüssen, jedoch trotz starker Bemühungen der Arbeiterorganisation konnten für die Arbeiter nur in einzelnen Fällen sehr geringe Teuerungszulagen erreicht werden. In einigen Fabriken ist die Dividende von 5 auf 20 Prozent in die Höhe geschnellt, in anderen zwar nicht so erheblich, aber immerhin recht „annehmbar" gestiegen. Die Arbeiterlöhne wurden hingegen nur um 3 bis 10 Prozent erhöht, eine Aufbesserung das, die angesichts der Lebensmittelteuerung ganz unzulänglich ist.

In der Berliner Brauindustrie ist eine Abmachung zwischen Arbeiterorganisation und Unternehmerorganisation von allgemeinem Interesse. Danach muß dem aus dem Felde Heimgekehrten oder zur Arbeit Beurlaubten vom Unternehmer ein Erholungsurlaub gewährt werden. Da nach dem Tarif die Gewährung des Sommerurlaubs von der Länge der Beschäftigung im Betrieb abhängig ist, wird laut Vereinbarung die Militärzeit als Beschäftigung im Betrieb angerechnet. Alle aus dem Heeresdienst Entlassenen, die das alte Arbeitsverhältnis wieder aufnehmen, sollen Anspruch auf Urlaub haben, sobald sie aufs neue 13 Wochen im Betrieb tätig gewesen sind.

Der Bäckerverband hat einen schweren Verlust erlitten durch den Tod seines Sekretärs im Hauptvorstand, Wilhelm Kahl. Der Verstorbene war 10 Jahre lang in der Hauptverwaltung angestellt, nachdem er vorher als Gauleiter in Sachsen und Thüringen für die Organisation gewirkt hatte. Er hat besonders für die Festigung des Reichstarifs mit den Genossenschaften gearbeitet und gehörte zuletzt dem Tarifamt an. Der Tod hat seiner unermüdlichen organisatorischen Tätigkeit ein Ziel gesetzt. #

Notizenteil.

Aus dem öffentlichen Leben.

Wegen eines Vergehens gegen das Belagerungsgesetz, verübt durch Verteilung unzensurierter Flugblätter, hatte die 59jährige Genossin Elise Stöckle in Stuttgart einen Strafbefehl von drei Wochen erhalten. Dagegen beantragte sie richterliche Entscheidung. Bei der zweiten Verhandlung am 26. September erkannte das Schöffengericht nach mehrstündiger Verhandlung auf eine Woche Gefängnis.

Für den Frieden.

Aus der französischen Kammer. Als tüchtige Hechte im Karpfenteich erwiesen sich die „Kientaler" in der französischen Kammer. Ihre letzten Kammerreden sind den französischen Kriegshetzern arg in den Magen gefallen. Wie die Zeitungen berichten, hat Raffin-Dugens bei dieser Gelegenheit die deutschen Sozialdemokraten Freunde und Kameraden der französischen Sozialisten genannt. Die bürgerlich-radikale „Action Française" ist durch diesen vom international-sozialistischen Standpunkt aus selbstverständlichen Ausdruck so vor den Kopf geschlagen, daß sie verlangt, man solle gegen Brizon und Raffin-Dugens gerichtlich vorgehen. Ja, noch mehr. Raffin-Dugens, der ja im parlamentarischen Heeresausschuß sitzt und Staatsgeheimnisse und hochwichtige Daten über die „nationale Verteidigung" kennt, wird fast offen des Hochverrats beschuldigt.

Der portugiesische Liebknecht. Unsere portugiesischen Genossen sind gegen den Krieg und stehen auf dem Boden von Zimmerwald. Wie es scheint, um sie zu bekehren, hat sie ein Sendling der „Humanité" von Paris aus besucht, aber er zog es sehr bald vor, statt mit internationalen Sozialisten lieber mit bürgerlichen Republikanern und Freimaurern zu verkehren, den Kriegsminister zu besuchen und von einzelnen Soldaten unter den Augen ihrer Offiziere sich ihren glühenden Patriotismus bestätigen zu lassen. Nach der Meinung dieser Reformsozialisten ist die sozialistische Partei nur deshalb gegen den Krieg, weil sie klein und schlecht organisiert sei. Die wahre Haltung des portugiesischen Proletariats kam in der am 2. August 1916 im Parlament abgegebenen Erklärung des Abgeordneten von Porto, Dr. Costa junior, zum Ausdruck. Er stimmte als einziger dagegen, daß portugiesische Truppen an die Westfront entsandt werden. Er erklärte, daß die kriegerische Politik der Regierung nicht die sei, der das portugiesische Proletariat folgen wolle. Er brandmarkte die volksverderbliche Politik der Herrschenden, die Kriegsanleihen aufnehmen, ohne sich um die Zukunft zu kümmern, und spottete bitter über die Regierung, die noch im März beteuert habe, daß die konfiszierten deutschen Schiffe für den ausschließlichen Gebrauch Portugals seien, während jetzt England sie nach Belieben verteile. Dr. Costa erklärte zum Schluß mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß das portugiesische Proletariat der bürgerlich-republikanischen Regierung sein Vertrauen nicht schenke.

Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen im Juli 1916. Das Allgemeinbild der Arbeitslosigkeit unterscheidet sich nach den Feststellungen der Arbeitsnachweise und Gewerkschaftsorganisationen nicht wesentlich von dem des Juni. Die 86 berichtenden Arbeiterorganisationen verzeichnen wie im Juni 9,5 Prozent ihrer weiblichen Mitglieder als arbeitslos. Dieser Durchschnitt wird überstiegen in den Verbänden der Hut- und Filzwarenarbeiter mit 61,3 (59,8), Lederarbeiter mit 27,3 (21,8), Textilarbeiter mit 20,6

(19,0), Porzellanarbeiter mit 16,8 (18,2) Prozent. Ihnen folgt der Buchbinderverband mit 7,1 (7,0) Prozent weiblicher Arbeitsloser. Diese 5 Verbände hatten am Juliſtichtag 11386 arbeitsloſe weibliche Mitglieder gegen 11223 im Juni. Sie machen 80 Prozent der arbeitsloſen weiblichen Mitglieder aller berichtenden 36 Verbände aus. Auf 100 offene Stellen für weibliche Erwerbstätige bei den Arbeitsnachweiſen kamen im Durchſchnitt 154 Arbeitsgeſuche, das ſind 4 weniger als im Vormonat. Eine Zunahme des Andrangs weiblicher Arbeitſuchender haben Papierinduſtrie, Holzgewerbe, Bekleidungs-, Reinigungs- und Handelsgewerbe, alle übrigen eine Abnahme, einſchließlich des Webſtoffgewerbes, in dem auf 100 offene Stellen die Arbeitsgeſuche von 628 auf 560 zurückgegangen ſind. Beträchtlich iſt die Abnahme der weiblichen Stellenſuchenden im Metallgewerbe von 180 auf 147, im Nahrungsmittelgewerbe von 186 auf 136, in der Lederinduſtrie von 143 auf 101. Höher als die Durchſchnittszahl iſt die Zahl der Arbeitsgeſuche auf 100 Stellen im Webſtoffgewerbe 560 (628), Handelsgewerbe 345 (340), Bekleidung und Reinigung 225 (218), Fabrikarbeit 189 (217), Holzgewerbe 158 (142). Außer der Landwirtſchaft mit 75 Arbeitsgeſuchen auf 100 offene Stellen hat die geringſte Andrangziffer die Lederinduſtrie mit 101 Arbeitsangeboten.

Nach Staaten geordnet entfallen im Durchſchnitt auf 100 Stellen 175 Arbeitsgeſuche weiblicher Erwerbstätiger, 2 weniger als im Vormonat. Die Führung haben weiter Elſaß-Lothringen mit 327 und das Königreich Sachſen mit 302 Arbeitsgeſuchen der 8 über dem Durchſchnitt ſtehenden Landesteile. Von 24 Landesteilen weiſen 7 eine Zunahme, 16 einen Rückgang der Andrangziffer weiblicher Arbeitſuchender auf, bei einem fehlen die Angaben. R.

Vom Arbeitsmarkt in Baden wird für den Juni mitgeteilt, daß bei den 19 Verbandsanſtalten des öffentlichen Arbeitsnachweiſes die Statiſtik folgendes Bild ergibt:

	Männliche Arbeiter	Weibliche Arbeiter
1. Offene Stellen	6571	5052
2. Arbeitſuchende	5784	6555
3. Vermittelte Stellen	3597	3599

Es bezeichneten ſich 40 Prozent aller Arbeitſuchenden, 29 Prozent der weiblichen als arbeitslos.

Bei weiteren 26 meldepflichtigen, nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweiſen (kaufmänniſchen uſw. Vereinen) waren gemeldet: 1874 offene und 658 beſetzte Stellen bei 1928 Arbeitſuchenden. Der bekannte induſtrielle Arbeitsnachweis Mannheim-Ludwigshafen verzeichnete 1320 offene Stellen, darunter 198 für weibliche Perſonen, und 1597 Arbeitſuchende, darunter 558 weibliche. Es wurden 1031 Arbeitsloſe untergebracht, darunter 186 Frauen. In Baden-Baden half man dem Mangel an Küchenmädchen dadurch ab, daß erwerbsloſe Textilarbeiterinnen aus Konſtanz beigezogen wurden. In Mannheim war es möglich, viele Frauen im Taglohn bei den Abteilungen des ſtädtiſchen Lebensmittelamtes zu beſchäftigen. In den kaufmänniſchen Betrieben konnten die weiblichen Stellenſuchenden bei weitem nicht untergebracht werden. Beim Arbeitsamt Pforzheim war weibliches Dienſtperſonal, wie tüchtige Köchinnen, Mädchen, die kochen können, Küchenmädchen für Wirtſchaften uſw., ſtets verlangt. In Pforzheim ſind zurzeit immer noch etwa 1400 weibliche Arbeitskräfte jeglichen Alters aus der Bijouteriebranche arbeitslos. mg.

Frauenſtimmrecht.

Die Bewährung des Frauenwahlrechts im nordamerikaniſchen Staate Oregon hat deſſen Gouverneur, Henry Withycombe, in dieſer Erklärung anerkannt: „Die Frauen unſeres Staats haben ſich ihres Rechts würdig gezeigt. Sie haben es mit Begeiſterung und Klugheit ausgeübt. Ich bin überzeugt, daß ſie als ſtarke Macht für eine gute Regierung und fortſchrittliche Grundſätze eintreten. Ihr Beiſpiel ſollte die Stimm- und Entſcheidungsberechtigten in den Oſtſtaaten der Union veranlaſſen, ihren Müttern, Gattinnen und Töchtern das volle Wahlrecht zu verleihen, auf das ſie als arbeitende, ſchaffende und ſteuerzahlende Bürgerinnen ein Anrecht haben, denn die Frauen tragen die ganze Bürde der ſozialen und ſtaatlichen Pflichten, ohne volle ſtaatsbürgerliche Rechte zu genießen. Die Frauen Oregons haben einen guten Gebrauch von ihrem Wahlrecht gemacht.“

Eine Frauenſtimmrechtsorganiſation auf Hawai. Die Sandwichinſeln, die im Nordoſten des Stillen Ozeans liegen und ſeit 1900 als Territorium den Vereinigten Staaten von Nordamerika angeſchloſſen ſind, haben ein Parlament, zu dem nur den Männern das aktive und paſſive Wahlrecht zuſteht. Seit einigen Jahren iſt auf Hawai, der größten dieſer Inſeln, eine Bewegung für das Frauenwahlrecht in Fluß gekommen. In der Hauptſtadt Honolulu beſteht ein Frauenwahlrechtsverband für das Territorium, dem Frauen aller Raſſen als Mitglieder angehören.

Frauenarbeit.

Frauenarbeit im Handels- und Transportgewerbe. Infolge des Krieges hat die Frauenarbeit in den ungelernten Berufen des Handels- und Transportgewerbes beſonders ſtark zugenommen. Die Verwendung weiblicher Arbeitskraft erweiſt ſich gerade in dieſen Berufen — kombiniert mit den männlichen — als möglich und für das Unternehmertum recht vorteilhaft. Die weiblichen Arbeiter beanſpruchen und erhalten bedeutend weniger Lohn. In Berliner Warenhäuſern und verwandten Geſchäften beträgt zurzeit der Wochenlohn zuzüglich der Kriegszulagen für männliche Handelshilfsarbeiter 27 bis 33 Mark, für weibliche aber nur 18 bis 22 Mk. Die Fahrſtuhlführer erhalten einen Lohn von 27 bis 33 Mk., die Führerinnen von 18 bis 24 Mk. In den Berliner Fenſterreinigungsinſtituten beträgt der Wochenlohn für Fenſterputzer 26 bis 32 Mk., für Putzerinnen 17 bis 23 Mk. Der Unterſchied zwiſchen den Wochenlöhnen der männlichen und weiblichen Arbeiter beträgt ſomit 9 Mk. Eine harte Tatſache dies, die allein ſchon die raſche Ausdehnung der Frauenarbeit im Handelsgewerbe erklärt. Daß nach dem Kriege die Frauenarbeit wieder auf ihren Friedensſtand zurückſinken wird, dafür beſteht nicht die geringſte Ausſicht. Die Frauenarbeit wird deshalb auch in den ungelernten Berufen des Handels- und Transportgewerbes ſtark lohndrückend auf die Männerarbeit einwirken. Wohin man blickt, ergeben ſich für die wirtſchaftliche Lage der Arbeiterklaſſe nach dem Kriege recht trübe Ausſichten. Schwere Kämpfe um die Beſſerung der Lebensbedingungen der breiten Maſſe werden unausbleiblich die Folge ſein. Zu einem erfolgverſprechenden Eingreifen der Gewerkſchaften in dieſen Kämpfen iſt eine geſchloſſene Kampffront dringende Vorausſetzung. Sie kann nur geſchaffen werden, wenn auch die Frauen endlich zu der Einſicht gelangen, daß ſie Schulter an Schulter mit den Männern die Reihen lückenlos ſchließen müſſen. Nur durch ſtarke gewerkſchaftliche Organiſationen, die mit ſozialiſtiſchem Offenſivgeiſt durchdrungen ſind, kann die Arbeiterklaſſe auch in Zukunft eine Beſſerung ihrer Lage erzielen und einer Verſchlechterung entgegentreten. H. B.

Die Frau in öffentlichen Aemtern.

Ein Schritt zur Aufhebung des Zölibats der Lehrerinnen in Preußen. Die ſtädtiſche Schuldeputation von Berlin-Schöneberg hat einen wichtigen Beſchluß gefaßt. Sie erſucht die ſtädtiſchen Behörden, beim Miniſter des Innern vorſtellig zu werden, die Zölibatsverpflichtung der Lehrerinnen an öffentlichen Schulen aufzuheben. Der Beſchluß iſt eine Konſequenz der Entſcheidung, die in der Schöneberger Stadtverordnetenverſammlung gefallen iſt. Dieſe erklärte ſich nämlich mit dem Vorſchlag des Magiſtrats einverſtanden, den Lehrerinnen der ſtädtiſchen Schulen, die ſich während des Krieges verheiraten, die vor ihrer Verheiratung bezogene Beſoldung während der Kriegszeit weiterzuzahlen, ſolange ſie als Hilfslehrerinnen im Schuldienſt voll beſchäftigt werden.

Weibliche Theologen. Der Präſident des evangeliſchen Kirchenrats in Baden hat im Jahresbericht mitgeteilt, daß erſtmals „Damen“ zur Vorprüfung als Theologen zugelaſſen wurden, und daß auch fernerhin das Studium der Theologie den Frauen freiſteht. Für die praktiſche Verwendung der weiblichen „Gottesgelahrten“ hat allerdings die Kultusbehörde einen wichtigen Vorbehalt gemacht: die Theologinnen dürfen nur in Schulen zur Erteilung des Religionsunterrichts angeſtellt werden oder als Predigerinnen bei der inneren Miſſion, nicht aber als Beamte des Pfarreidienſtes. Im Grunde ſoll alſo trotz des kleinen Fortſchritts noch immer der Satz gelten: Das Weib ſchweige in der Gemeinde. mg

Fürſorge für Mutter und Kind.

Für die Kinderſchutzkommiſſion von Groß-Berlin ſind gewählt als erſte Vorſitzende Martha Demmning, als zweite Vorſitzende Martha Joſepf, als erſte Schriftführerin Emma Döltz, als zweite Schriftführerin Roſa Wollſtein. Alle Fälle von Ausbeutung, Vernachläſſigung, Verwahrloſung und Mißhandlungen ſind an die Zentrale der Kinderſchutzkommiſſion, Lindenſtraße 3, zu richten.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Poſt Degerloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.